

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP

und

Antwort

**des Ministeriums für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Naturschutz bei Forstarbeiten in den Landkreisen Karlsruhe und Calw

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit sind ihr aus den vergangenen zwei Jahren Beschwerden von Naturschützern über die mangelnde Beachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb bekannt?
2. Inwieweit wurden gegebenenfalls in diesen Fällen Naturschutzbestimmungen missachtet?
3. Inwieweit trifft es zu, dass im Frühjahr 2015 im Weingartener Moor Holzstämmе dergestalt gelagert wurden, dass sie bekannte Wanderwege von Amphibien in deren Laichgebiete blockierten?
4. Inwieweit trifft es zu, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe vom Landratsamt Karlsruhe eine Stellungnahme eingeholt hat, weil örtliche Naturschutzverbände beklagten, dass bei der Holzernte die Springfroschwanderung nicht beachtet wurde?
5. Zu welchen Ergebnissen kommt diese Stellungnahme gegebenenfalls?
6. Inwiefern trifft es zu, dass bei Bad Herrenalb/Oberes Gaistal im Frühsommer 2014 Rodungen durchgeführt wurden, obwohl dort brütende Falkenpaare gesichtet wurden?

7. Welche Maßnahmen ergreift sie, damit der Vogel- und Amphibienschutz bei Forstarbeiten in den Kreisen Karlsruhe und Calw künftig stärker beachtet wird?

05.05.2015

Dr. Bullinger FDP/DVP

Antwort*)

Mit Schreiben vom 9. Juni 2015 Nr. Z (62)-0141.5/532 F beantwortet das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit sind der Landesregierung aus den vergangenen zwei Jahren Beschwerden von Naturschützern über die mangelnde Beachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten in Forstgebieten bei Weingarten und Bad Herrenalb bekannt?

Zu 1.:

Anfang März 2015 ging eine Beschwerde eines Bürgers beim Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ein, welche die Durchführung von Fällarbeiten im Naturschutzgebiet „Weingartener Moor – Bruchwald Grötzingen“ bei Weingarten betraf. Gegenstand der Beschwerde war die Durchführung eines Verjüngungshiebs als Kahlschlag auf einer Fläche von 0,5 Hektar während der bereits begonnenen Amphibienwanderzeit. Anlass für diese forstliche Maßnahme war die Bewältigung der Folgen des dort massiv auftretenden Eschen-Triebsterbens.

Für Bad Herrenalb sind keine Beschwerden bekannt, die sich auf die Missachtung von Laich- und Brutzeiten bei der Durchführung von Holzerntearbeiten beziehen.

2. Inwieweit wurden gegebenenfalls in diesen Fällen Naturschutzbestimmungen missachtet?

Zu 2.:

Nach dem Beschwerdevorbringen des Bürgers ist durch die unter Ziffer 1. genannten forstlichen Arbeiten im Naturschutzgebiet der Springfrosch (*rana dalmatina*) betroffen gewesen und ein Verstoß gegen Artenschutzvorschriften in Frage gestellt worden.

Der Springfrosch ist eine nach dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) streng geschützte Art, für den die Zugriffsverbote des § 44 Absatz 1 BNatSchG gelten, insbesondere darf der Springfrosch nicht während der Amphibienwanderzeit erheblich gestört werden (§ 44 Absatz 1 Nummer 2 BNatSchG). Gemäß § 44 Absatz 4 Satz 1 und 2 BNatSchG liegt ein Verstoß gegen die artenschutzrechtlichen Zugriffsverbote allerdings nicht vor, wenn die forstwirtschaftliche Bodennutzung den in § 5 Absatz 3 BNatSchG genannten Anforderungen sowie den sich aus § 17 Absatz 2 des Bundes-Bodenschutzgesetzes und dem Recht der Forstwirtschaft ergebenden Anforderungen an die gute fachliche Praxis entspricht und sich der Erhaltungszustand der lokalen Population des Springfroschs durch die forstliche Bewirtschaftung nicht verschlechtert.

*) Der Überschreitung der Drei-Wochen-Frist wurde zugestimmt.

Das Landratsamt Karlsruhe und die Stadt Karlsruhe haben dem Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zwar mitgeteilt, dass die Forstarbeiten erst Anfang März 2015 – und damit zur beginnenden Amphibienwanderzeit – abgeschlossen wurden, allerdings wurde seitens der zuständigen Behörden kein Rechtsverstoß gegen § 44 Absatz 1 BNatSchG festgestellt. Auch ein Verstoß gegen die Verordnung des Regierungspräsidiums Karlsruhe über das Naturschutzgebiet „Weingartener Moor – Bruchwald Grötzingen“ vom 27. Juli 1984 (GBl. v. 6. September 1984, S. 558) wurde nicht berichtet.

Gleichwohl hat die Stadt Karlsruhe eingeräumt, dass sie bei ihren Forstarbeiten zu wenig Rücksicht auf die Naturschutzbelange, insbesondere auf die bereits begonnene Amphibienwanderzeit, genommen habe.

Infolgedessen wurden durch die Stadt Karlsruhe Sofortmaßnahmen beschlossen und mit den örtlichen Naturschutzverbänden eine Gemeinsame Erklärung zum zukünftigen naturverträglichen Vorgehen bei forstlichen Maßnahmen beschlossen.

3. Inwieweit trifft es zu, dass im Frühjahr 2015 im Weingartener Moor Holzstämme dergestalt gelagert wurden, dass sie bekannte Wanderwege von Amphibien in deren Laichgebiete blockierten?

Zu 3.:

In dem unter Ziffer 1. genannten Fall wurden Holzstämme parallel zu einem vorhandenen Forstweg gelagert. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass dadurch Wanderwege von Amphibien blockiert wurden, konkrete Nachweise dafür liegen jedoch nicht vor.

4. Inwieweit trifft es zu, dass das Regierungspräsidium Karlsruhe vom Landratsamt Karlsruhe eine Stellungnahme eingeholt hat, weil örtliche Naturschutzverbände beklagten, dass bei der Holzernte die Springfroschwanderung nicht beachtet wurde?

Zu 4.:

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat aufgrund der unter Ziffer 1. genannten Bürgerbeschwerde neben einer Stellungnahme der Stadt Karlsruhe auch eine Stellungnahme vom Landkreis Karlsruhe eingeholt.

5. Zu welchen Ergebnissen kommt diese Stellungnahme gegebenenfalls?

Zu 5.:

Die Stellungnahme des Landkreises Karlsruhe kommt zum Ergebnis, dass die unter Ziffer 1. genannten Forstarbeiten im Landkreisgebiet aus Gründen der Verkehrs- und Arbeitssicherheit sowie der Witterung zeitlich nicht früher beendet und auch nicht aufgeschoben werden konnten. Allerdings seien die Forstarbeiten ausschließlich auf trockenen Wegen ausgeführt worden, sodass Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten wurden. Anhaltspunkte für einen Verstoß gegen Artenschutzvorschriften seien nicht ersichtlich. Wünschenswert wäre jedoch zukünftig eine frühzeitige Abstimmung zwischen Forst- und Naturschutzbehörde zu geplanten Forstarbeiten in Naturschutzgebieten.

6. Inwiefern trifft es zu, dass bei Bad Herrenalb/Oberes Gaistal im Frühsommer 2014 Rodungen durchgeführt wurden, obwohl dort brütende Falkenpaare gesichtet wurden?

Zu 6.:

Im Oberen Gaistal wurden in den Winterhalbjahren 2012, 2013, 2014 und 2015 im Rahmen der Mindestflurkonzeption für das Gaistal Waldumwandlungen von der Stadt Bad Herrenalb durchgeführt. Diese waren zwischen der Naturschutz-

und Forstverwaltung abgestimmt und genehmigt. Negative Auswirkungen auf brütende Falkenpaare in Bad Herrenalb wurden vom Landkreis Calw ausgeschlossen.

7. Welche Maßnahmen ergreift sie, damit der Vogel- und Amphibienschutz bei Forstarbeiten in den Kreisen Karlsruhe und Calw künftig stärker beachtet wird?

Zu 7.:

In der unter Ziffer 2. genannten Gemeinsamen Erklärung wurden mehrere Naturschutzziele für forstliche Arbeiten im Stadtkreis Karlsruhe mit den örtlichen Naturschutzverbänden festgelegt. Diese betreffen die Beteiligung der Naturschutzverwaltung und der Naturschutzverbände an der jährlichen Hiebsplanung sowie an der Forsteinrichtung für Waldflächen in Naturschutzgebieten im Stadtwald Karlsruhe, die zeitliche Durchführung von forstlichen Maßnahmen unter Rücksicht auf die Amphibienwanderzeiten sowie (im Wanderungsgebiet von Amphibien) die Lagerung von Holzpoltern auf Unterlagen. Generell soll die Berücksichtigung der natur- und artenschutzrechtlichen Belange durch die Umsetzung des Alt- und Totholzkonzepts Baden-Württemberg erfolgen, insbesondere durch die Ausweisung von Waldrefugien und Habitatbaumgruppen. Von letzteren profitieren auch Amphibienarten, da auf diesen Flächen auf Dauer jegliche Nutzung unterbleibt. Schließlich soll beim Forstamt für den Bereich der Waldökologie eine zusätzliche Stelle geschaffen werden.

In Vertretung

Reimer

Ministerialdirektor